

wirtschaft

baz-gast: Reiner Eichenberger*; Radikaler Freihandel mit «Taxed Non-Swissness»

623 Wörter

25 März 2008

Basler Zeitung

35

Deutsch

(c) 2008 Basler Zeitung Homepage Address:

Die Schweiz ist nach wie vor eine Hochpreisinsel. Schuld daran sind neben der Landwirtschaftspolitik vor allem technische Handelshemmnisse in der Form spezieller Produkt- und Deklarationsvorschriften sowie das Schweizer Patentrecht mit seiner sogenannten nationalen Erschöpfung. Diese erlaubt es den Patentinhabern, den Import ihrer im Ausland verkauften Produkte in die Schweiz zu verbieten.

Diese Handelshemmnisse ermöglichen es den Produzenten und «offiziellen» Importeuren, die Preise zwischen der Schweiz und dem Ausland zu differenzieren und so die hohe hiesige Kaufkraft abzuschöpfen, weil ihre überbeuerten Produkte nicht mehr durch billige freie Importe der gleichen Produkte konkurriert werden können. Dabei fusst deren Kalkül und damit die Preishöhe nicht auf dem zu Kaufkraftparitäten umgerechneten Volkseinkommen, das nur noch wenig höher als in unseren Nachbarländern ist. Entscheidend ist vielmehr das zu laufenden Wechselkursen umgerechnete Volkseinkommen, weil die Produzenten ihre Erträge ja zu normalen Wechselkursen umtauschen können.

Das so berechnete Schweizer Prokopfeinkommen ist jedoch etwa 44 beziehungsweise 48 Prozent höher als in Deutschland und den EU-15. Das macht die Schweiz zu einer fetten Beute für Preisdifferenzierungsstrategien.

Offene Märkte nötig. Leider kommt es in der Realität noch schlimmer. Die Handelshemmnisse lähmen nicht nur den Wettbewerb im Grosshandel, sondern auch im Detailhandel, indem sie die Expansion ausländischer Detailhandelsketten in die Schweiz verteuern. Denn diese können hier nicht einfach Produkte aus ihrem ausländischen Sortiment anbieten, sondern müssen ganz neue Einkaufs- und Logistikstrukturen aufbauen.

Für substantielle Preissenkungen braucht es deshalb offenere Märkte. So muss nicht nur endlich die Landwirtschaftspolitik liberalisiert werden. Genauso wichtig ist, dass die Unterschiede in den Produkt- und Deklarationsvorschriften zwischen der Schweiz und der EU radikal abgebaut werden und beim Patentrecht zur internationalen Erschöpfung übergegangen wird.

Auf der Traktandenliste. Beide Vorschläge beschäftigen zurzeit Bundesrat, Parlament und Verwaltung. Die liberale Seite empfiehlt, das «Cassis de Dijon»-Prinzip einseitig zu übernehmen. Dadurch könnten – so die Meinung – in der Schweiz alle irgendwo in der EU zugelassenen Produkte frei verkauft werden. Dieser liberale Vorschlag wird aber von den Protektionisten mit dem Argument zurückgewiesen, er benachteilige Schweizer Produzenten und untergrabe die regulatorische Souveränität der Schweiz, weil er wegen der Einseitigkeit den Schweizer Produzenten Anreize gäbe, nur noch nach EU-Normen zu produzieren. Wie die Auseinandersetzung ausgehen wird, ist noch unklar.

Klar ist hingegen, dass es eine viel fruchtbarere Lösung gäbe, die eine radikale Öffnung brächte und der Schweiz trotzdem eine weitgehende Regulierungsautonomie erhalten würde. Dafür müssten einseitig die Normen der EU und möglichst vieler weiterer OECD-Staaten anerkannt, und damit der Import entsprechender Güter erlaubt werden. Gleichzeitig müsste aber ein Anreizmechanismus zur Einhaltung der speziellen Schweizer Normen eingeführt werden. Auf in- und ausländischen Gütern, die nicht den Schweizer Normen entsprechen, müsste ein entsprechender einfacher Vermerk angebracht und eine minimale Abgabe von vielleicht zwei Prozent des Warenwertes erhoben werden. Dieses Konzept der «Taxed Non-Swissness» würde der Schweiz einen regulatorischen Freiraum bewahren, ohne aber die Importe merklich zu behindern und ohne den Produzenten Anreize zu geben, immer neue spezielle Normen zu fordern.

Natürlich könnte statt einem Negativvermerk auf normmässig «unschweizerischer» Ware auch ein Positivvermerk auf «schweizerischer» Ware eingeführt werden.

Nicht diskriminierend. Zuweilen werden Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit dieses Konzepts geäussert. Dem kann hier nicht gefolgt werden. Denn erstens ist es wesentlich liberaler und schafft für keinen Anbieter stärkere Einschränkungen als die heutige Politik. Denn es ersetzt bisherige Importverbote, die aus ökonomischer Sicht nichts anderes als unendlich hohe Steuern oder Zölle sind, mit sehr niedrigen Steuern. Damit entspricht es zweitens genau dem Geist der WTO-Politik, nicht tarifäre Handelshemmnisse möglichst durch tarifäre zu ersetzen. Drittens behandelt es in- und ausländische Anbieter strikte gleich, ist also nicht diskriminierend. Aufgrund dieser Überlegungen sollte die «Taxed Non-Swissness» bei entsprechender Formulierung dem internationalen Recht vollauf

genügen.

ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg. * **Reiner Eichenberger**

51669

Dokument BASLRZ0020080325e43p0003g